

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 06/2025 vom 03. Juli 2025, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

Anwesend

Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Thomas Lanz
Peter Aegerter, Martin Allemann, Sandro Badertscher, Simon Badertscher, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Reto Beutler, Thomas Bieri, Valentin Bortler, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Anja Dolder-Gerhardy, Franziska Eggenberg, Marc Fritschi, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Thomas Hiltpold, Iris Lauper, Manon Jaccard, Alice Kropf, Christoph Lauener, Manfred Locher, Michelle Marbach, Michael McGarty, Vanessa Meier, Lara Müller, Marianna Oesch Bartolome, Noëmi Porfido, Alex Reymondin, Claude Schlapbach, Malenka Schmutz, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Alois Studerus, Markus van Wijk, Cloe Weber, Angelika Zimmermann

Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch, Andrea de Meuron und Eveline Salzmann, Gemeinderat Reto Schertenleib

Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder
Protokollantin Judith Lüdi

Entschuldigt

Stadträte Leonardo Schlatter, Matthias Zellweger

Schluss der Sitzung

20:15 Uhr

Der Stadtratspräsident begrüsst zur letzten Stadtratssitzung vor der Sommerpause. Er hofft, die gestrige schmerzliche Niederlage der Schweizer Nationalmannschaft an der UEFA Women's EURO konnte verdaut werden. Besonders begrüsst er Andrea Brand. Sie schnuppert heute als Nachfolgerin von Ramona Forter Stadtratsluft. Er verweist auf die kurzfristig eingegangenen Anträge. Die Antworten auf die acht Fragestunden wurden bereits per Mail versandt. Er plädiert für zielführende Diskussionen und kurze Voten, gerade auch der Hitze wegen. Er weist darauf hin, dass es in der letzten Stadtratssitzung längere Diskussionen zu Postulaten gab, deren Prüfauftrag an den Gemeinderat ja erst durch die Überweigung erfolgt. Er bittet darum, sich in den Diskussionslängen bei den Vorstössen etwas zu mässigen.

Der Rat genehmigt die Traktandenliste stillschweigend.

64. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 12. Juni 2025

Stadtratsbeschluss

Der Rat genehmigt das Protokoll vom 12. Juni 2025 stillschweigend.

65. Schulkommission

Wahl von Philippe Marti (EDU) als 10. Schulkommissionsmitglied

Der Rat genehmigt stillschweigend folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 37 litera c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 18. Juni 2025, beschliesst:

1. Philippe Marti, geb. 1978, Gymnasiallehrer, wohnhaft in Thun, wird als 10. Mitglied in die Schulkommission gewählt, und zwar ab 1. August 2025 und für den Rest der laufenden, am 31. Dezember 2026 endenden Amtsdauer.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

66. Entwicklung Sport- und Freizeitcluster Thun Süd

Bewilligung eines Verpflichtungskredits für eine neue Ausgabe von 1,05 Millionen Franken für ein qualitätssicherndes Verfahren und für das Verfahren zum Erlass von Planungsinstrumenten

Bericht des Gemeinderates 15/2025

Der Stadtpräsident hatte gestern das Privileg, am Fussballmatch in Basel dabei zu sein. Ihm ist vor allem die identitätsstiftende Funktion des Sports allgemein und hier konkret von der Frauenfussballmannschaft sehr präsent. Der gestrige Anlass war ein tolles Erlebnis. Was hinter der hier vorliegenden Gesamtplanung steckt, darf nicht unterschätzt werden. Dabei verweist er auf die identitätsstiftende Funktion einer Swiss Football Hall. Involviert sind verschiedene Sportarten, einige sind heute im Publikum vertreten. Es geht um die Klärung, wie ein Sport- und Freizeitcluster in einer Gesamtsicht entwickelt werden kann. Zwingende Abhängigkeiten sollen vermieden werden. Funktioniert etwas nicht, so soll dies nicht zugleich anderes verunmöglichen. Für die Herbeiführung dieser Klärungen beantragen sie den hier vorliegenden Kredit. Er betont, dass nicht nur der Sport davon profitieren kann. Die angedachte

Verwirklichung hat auch touristische und wirtschaftliche Komponente. Die vom Schweizerischen Fussballverband angedachten 150 dort angesiedelten Arbeitsplätze wären für Thun eine vorteilhafte Situation. Diese Arbeitsplätze werden garantiert in der Schweiz bleiben und nicht nach China abwandern. Er geht auf drei im Vorfeld laut gewordener Punkte ein. Er betont, dass letztlich die ganze Region von einer prosperierenden Entwicklung profitieren kann, nicht nur einzelne Sportarten. Er kommt auf einen Mailaustausch mit einer Mutter zu sprechen, die sich ein Hallenbad gewünscht hätte. Er hat ihr bekundet, dass bei der Umsetzung eines Sport- und Freizeitcluster die Wahrscheinlichkeit steigt, dass dort auch andere Sportinfrastrukturen angesiedelt werden. Man sucht nach einem Konstrukt, das Synergien verursachen kann. Optimal ist es, wenn sich die verschiedenen Infrastrukturen gegenseitig befruchten können. Hat man ein bestimmtes Anliegen, so sollte man dieses Projekt unterstützen. Er weist darauf hin, dass bereits Abklärungen dazu erfolgt sind, wo Flächen noch zonenrechtlich gesichert werden können, falls noch Flächen benötigt werden. Jene, die die Überbauung von weiterer Grünfläche bemängeln, weist er darauf hin, dass diese Fläche seit Jahren im regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzept als Sport- und Freizeitnutzung so vorgesehen ist. Wird die Swiss Football Hall nicht hier umgesetzt, so wird sie dies vermutlich irgendwo, wo es raumplanerisch weniger Sinn macht. Er plädiert für eine Zustimmung zum Kredit.

Markus van Wijk, **SAKO P+StE**, äussert, dass sie sich vertieft mit dem Kredit und dem Geschäft beschäftigt haben. Eine grosse Mehrheit der Kommission sieht das Projekt als grosse Chance und die Realisierung als wichtiger Entwicklungsschritt für die Stadt Thun. Sie bekennen, dass die Verhandlungen mit verschiedenen Partnern teilweise sehr fragile waren. Weil das Projekt erst am Anfang steht, sind verschiedene Interessengruppe tangiert, was zu den verschiedenen Fragestellungen führte. Vertieft diskutiert wurden die Mehrwertabgabe und die Übernahme der Planungskosten durch die Stadt Thun. Einige stehen diesem Thema sehr kritisch gegenüber, gerade weil die Burgergemeinde als Landeigentümerin in ihrem Jahresbericht eine sehr erfolgreiche Finanzlage ausgewiesen hat. Der Stadtpräsident hat erklärt, dass die Vereinbarungen zwischen der Einwohnergemeinde Thun und der Burgergemeinde Thun vom 24.04.2007 bei Ziffer 5.2 einen Verzicht auf eine gültige Mehrwertabgabe regelt. Diese Regelung ist aufgrund der aktuellen Rechtslage nicht mehr zulässig. Dieser vereinbarte Verzicht auf eine Mehrwertabgabe ist damals bei der Entwicklung vom Stadion ein zentraler Baustein gewesen. Im Gegenzug hatte die Burgergemeinde Land zu günstigen Bedingungen zur Verfügung gestellt. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, die Planungskosten zu übernehmen. Er will sich nicht dem Vorwurf aussetzen müssen, nicht vertrauenswürdig zu sein. Sinn und Geist der damaligen Vereinbarung werden honoriert. Entscheidend aber ist, dass die Mehrwertabgabe der Burgergemeinde nicht erlassen wird. Die Höhe der Mehrwertabgabe ist noch nicht bekannt. Da es sich um Sport und Freizeit handelt, ist davon auszugehen, dass die Mehrwertabgabe eher tief ausfallen wird. Zusammenfassend kann bei dem Sport- und Freizeitcluster Thun Süd von einer herausfordernden aber potenzialreichen Entwicklung gesprochen werden. Die SAKO ist sich diesem Umstand bewusst und hat dem Kredit mit 6 Stimmen bei 1 Enthaltung zugestimmt.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, äussert, dass sich in Thun weder die Novartis noch Nestle oder Google niederlassen werden. Heute hat man die grosse Chance, den Schweizerischen Fussballverband mit immerhin 150 Mitarbeitenden für Thun zu gewinnen. Eine Chance, die so schnell nicht wieder kommt. Auch wenn noch nicht jede Frage geklärt ist weiss man, dass es bei dem Sport- und Freizeitcluster um eine grosse Entwicklung für und in Thun geht. Er weist auf die Lebensweisheit von Michelangelo hin, die so lautete: «wer Grosses will, muss gross handeln» und ergänzt, dass man investieren muss, wo andere sparen, vertrauen, wo andere zweifeln und den ersten Schlag tun muss, wo andere zögern. Sie unterstützen das Vorgehen und stimmen dem Kredit einstimmig zu.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, hält fest, dass die dem Antrag Folge leisten und zustimmen werden. So schaffen sie die Grundlage für die Entwicklung dieses umstrittenen Raums. Dies ist Tatsache, es sei denn, man hat Einwände, dass hier Kulturland überbaut wird. Weiter kann man sich fragen, warum man immer grösser werden und investieren will. Eine Ablehnung des Antrags würde womöglich verhindern, dass der Schweizerische Fussballverband überhaupt eine Chance hat, nach Thun zu kommen. Weiter

wurde gefragt, ob bei einem heutigen Ja zu dem Projekt, im November automatisch auch Ja gesagt werden muss. Sie stören sich daran, dass sich die Burgergemeinde nicht an den Planungskosten beteiligen muss. Die Burgergemeinde hat von der Entwicklung einen direkten Nutzen und kann kurz-, mittel- oder langfristig profitieren. Durch den Baurechtszins erhält sie weitere Einnahmen. Sie bezweifeln keineswegs, dass die Burgergemeinde für die Allgemeinheit viel macht. Sie fragen sich aber, wie man dazu kommt, die Planungskosten der Allgemeinheit aufzubürden. Er zitiert die Aufgabe der Burgergemeinde. Sie bitten die Burgergemeinde, sich freiwillig an den Planungskosten zu beteiligen, statt ihre Rechnung auf Kosten der Steuerzahlenden zu optimieren. Die 150'000 Franken sind im Verhältnis zu den Gesamtkosten ein kleiner Betrag. Es geht ihnen um die Gleichbehandlung aller im Prozess Beteiligten. Er glaubt, eine Mehrheit der Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, bemerkt, dass ihnen dieses Geschäft nicht einfach wie durch Butter geht. Die vorgesehene Sportnutzung wird mit der grossen Kelle angerichtet. Sie verbraucht wertvolles Kulturland und gefährdet den seltenen Standort der Kreuzkröten. Weiter müssen die landschaftsprägenden Baumreihen und Alleen um ihren Fortbestand kämpfen. Der Sportstandort mit Schwergewicht Fussball in Nähe zum Autobahnanschluss wird zwangsläufig zu mehr motorisiertem Verkehr führen. Und dies in einem Gebiet, das durch die dort stattfindenden Überbauungen ein grosses Bevölkerungswachstum erfahren wird. Er weist auf das grosse finanzielle Engagement der Stadt Thun hin. Das Gesamtpaket rennt nicht nur offene Türen ein. Er weiss aber, dass es auf der anderen Seite mehr als ein Ausrufezeichen ist, wenn einer der grössten Nationalen Sportverbände seinen Sitz samt neuem Campus nach Thun verlegen und hier quasi ein fussballerisches Epizentrum schaffen wird. Ein Epizentrum für positive Erschütterungen, good vibes, Leistungs- aber auch Breitensport. Fussball ist nun mal eine, wenn nicht gar die schönste, Nebensache der Welt. Dies sagt er nicht nur aufgrund aktuellen Anlasses mit der Women's EURO und dem Aufstieg des FC Thuns. Käme der Schweizerische Fussballverband, so käme er, um zu bleiben. Mit ihm würde die Sportarealentwicklung an Gestalt und Zusammenhang gewinnen. Kann hier eine zusammenhängende und vorausschauende Planung für verschiedenen Sportarten angegangen werden, so sieht er dies als Chance für eine gelingende Sportentwicklung in Thun. Die Grünen haben sich grossmehrheitlich für den Planungskredit ausgesprochen. Er betont, dass dies für künftige Entscheidung nicht als Carte Blanche zu verstehen ist. Sie erwarten punkto Verkehrsplanung eine Planung, die prioritär auf Ressource schonenden Verkehr mit ÖV und Langsamverkehr setzt. Allenfalls braucht es neue Haltestellen und einen erhöhten Taktfahrplan. Es werden dort hunderte von Wohnungen erstellt. In erster Linie muss das Wohlbefinden der Menschen, die dort leben und leben wollen, vor Augen gehalten werden. Die Sportnutzenden und Sportgeniessenden im Sportcluster Thun Süd haben entsprechend Rücksicht zu nehmen. Weiter erwarten sie, dass ökologische Werte erhalten bleiben. Sei es die dominante Baumreihe oder der Bestand der national geschützten Kreuzkröte. Um deren Population erhalten zu können, braucht es eine rechtzeitige Umplanung des bestehenden Lebensraums. Dies gilt es in der Vorplanung und mit Einbezug von Fachpersonen zu berücksichtigen. Soll Grosses gelingen, beginnt dies nicht selten beim Kleinen, wie eben den Kreuzkröten. In diesem Sinne unterstützen sie den Antrag grossmehrheitlich.

Jonas Baumann, Fraktion **GLP/EVP/EDU**, erachtet den Kredit als wichtig und richtig. Sie haben sich in den letzten Jahren immer wieder für solche Infrastrukturen stark gemacht. Dem Verpflichtungskredit kann zugestimmt werden. Für den ganzheitlichen Blick bis hin zu den Kröten sind qualitätssichernde Verfahren notwendig. Das Geschäft ist für die Stadt Thun bedeutsam. Sie freuen sich, dass zeitnah Nägel mit Köpfen gemacht werden können. Dies jedoch mit dem Ziel, dass der Sportcluster für möglichst viele Thunerinnen und Thuner nutzbar sein wird, im Sinne des Breitensports. Viele Menschen, grossmehrheitlich Männer, kennen Thun aus der Militärperspektive. Sie würden es begrüßen, wenn die Menschen Thun zukünftig vermehrt aus der Sportperspektive kennen.

Christoph Lauener, **SVP-Fraktion**, nimmt vornweg, dass sie dem Kredit zustimmen werden. Sie erwarten, dass eine Basis geschaffen wird und Details abgeklärt werden. Weiter plädieren sie für die Nutzung der

Synergien zwischen den Projekten. Sie wollen eine Aufwertung des gesamten Gebiets. Sie begrüssen die Steigerung vom Sport- und Freizeitangebot in Thun und die stufenweise koordinierte Entwicklung.

Der Stadtpräsident dankt für die grundsätzlich gute Aufnahme. Er freut sich, dass der Stadtrat hinter dieser wichtigen Planung steht. Er erklärt, dass man sich mit dem Schweizerischen Fussballverband kurz vor der Planungserklärung befindet. Im Grundsatz ist man sich bei den Entwürfen einig. Einzelne Sätze müssen noch angepasst werden. Er erwartet keine gröberen Differenzen und ist zuversichtlich, dass die Unterzeichnung zeitnah geschehen wird. Theoretisch sagt man bei einer heutigen Zustimmung zu der Swiss Football Hall nicht automatisch Ja. Die Gesamtbetrachtung bräuchte es auch dann, wenn eine andere Sport- und Freizeitnutzung angedacht wäre. Für die Einzonung braucht es eine Grundlage. Ein Ja zum Projekt ist ihre starke Absicht. Im November werden sie mit einer Kreditvorlage kommen. Die geplante Beteiligung von 4 Mio. Franken konnte dem Stadtratsbericht entnommen werden. Er glaubt, es handelt sich dabei hinsichtlich des Nutzens für die ganze Region um einen sehr vertretbaren Betrag. Bezüglich Übernahme der Planungskosten holt er aus, dass die Burgergemeinde eine sehr konstruktive Partnerin ist. Er erwähnt, dass einige Exponenten im Publikum vertreten sind. Ohne die Mithilfe der Burgergemeinde könnte das hier nicht stattfinden. Unsere Vorgänger hatten 2007 abgemacht, dass bei einer Einzonung die Mehrwertabgabe erlassen wird. Die damals Mitunterzeichnende Ursula Haller ist ebenfalls im Publikum anwesend. Sinn und Geist der Vereinbarung war es, der Stadt Thun unter diesen Bedingungen mit dem Baurechtzins entgegenzukommen. Da der Erlass der Mehrwertabgabe so nicht mehr möglich ist, übernehmen sie die Planungskosten. Die Mehrwertabgabe werden sie dafür wider Vereinbarung der Vorgänger in Rechnung stellen müssen. Die angefragte Gleichbehandlung ist gegeben, denn es besteht mit niemandem anderen einen solchen Vertrag. Es handelt sich um eine singuläre Situation. Er bestätigt, dass eine heutige Zustimmung keine Carte Blanche ist. Die finanziellen Folgen werden offengelegt. Er weiss, dass es noch viele zu lösende Probleme geben wird. Er betont, dass es viel Aufwand brauchte, damit Thun bei dem Schweizerischen Fussballverband an oberster Stelle stehen konnte. Die Beteiligten haben in Rekordtempo daran gearbeitet, seien es die Burgergemeinde oder der Kanton mit der Wirtschaftsförderung. Es gibt viele, die sich schon lange für die Sportförderung in Thun engagieren und er freut sich, dass man diesbezüglich jetzt einen Schritt weiterkommt. Er bedankt sich bei den im Publikum Anwesenden für das konstruktive Mitmachen und das Verständnis für die Prozesse. Sie wollen auf diesem konstruktiven Weg weiterfahren und in eine Realisierung kommen. Dies bedingt diese Gesamtbetrachtung. Er bittet den Rat, mit Überzeugung und Begeisterung zuzustimmen.

Der Rat genehmigt mit 32 : 3 Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 13. Juni 2025, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredits von 1,05 Millionen Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 1412.5290.036 (Bilanz-Konto Nr. 14290.10.01) für die Entwicklung des Clusters für Sport- und Freizeitanlagen Thun Süd.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Das Publikum applaudiert.

67. Überbauungsordnung (UeO) at «Bostudenzelg Bläuerstrasse»

Überbauungsordnung at «Bostudenzelg Bläuerstrasse» mit Änderung Zonenplan I, Teilzonenplan (TZP) «Bohnstaudenzelg» und Überbauungsplan UeO x «Bohnstaudenzelg»

Bericht des Gemeinderates 13/2025

Der **Stadtratspräsident** erklärt, dass zuerst eine Eintretensdebatte über das Geschäft erfolgt und erst in einem zweiten Schritt über die vorliegenden Anträge von Marc Fritschi, Fraktion Grüne sowie Fraktion GLP/EVP/EDU diskutiert wird.

Der **Stadtpräsident** äussert, dass es sich auch hier um ein wichtiges Entwicklungsprojekt handelt. In der Stadt geht viel und man befindet sich in einer Aufwärtsspirale. Die Verfahrensschritte, die gemacht werden müssen, bis der Rat über eine Überbauungsordnung wie hier befinden kann, sind allen bekannt. Womöglich finden die einen oder anderen nicht alle Bestimmungen bombastisch. Er weiss, dass in einem solch komplexen Projekt nicht alles für alle perfekt sein kann. Er betont, dass hier eine sehr realistische Überbauungsordnung vorliegt. Er erläutert kurz die zwei Baufelder. Beim städtischen Land ist man am Schauen, wer Baufelder im Baurecht erhalten und wer die Bauten erstellen könnte. In der laufenden Woche erfolgten die Präsentationen der Bewerber. Diese waren sehr gut. Sie sind zuversichtlich, dass gute Partner gefunden werden können. Anpassungsbedarf im jetzigen Stadium wurde von all jenen verneint. Das Wichtigste sei, hier eine Basis zu schaffen. Zuerst muss etwas in Kraft gesetzt werden, um zu sehen, ob etwas geändert werden will. Auf dem städtischen Teil werden verschiedenen Wettbewerbe erfolgen. Diese können Lösungen hervorbringen, die der UeO womöglich nicht ganz entsprechen und allenfalls eine geringfügige Änderung nötig machen. Er signalisiert ausdrücklich, dass sie im Interesse von guten Projekten gewillt sind, den Weg von geringfügigen Änderungen zu gehen. Was sie nicht wollen ist, auf Vorrat womöglich gar nicht zielführende Änderungen zu beschliessen. Auch wollen sie nicht über Änderungen diskutieren, solange die Partnerinnen nicht bekannt sind. Er findet, die UeO kann hier verabschiedet und auf den Weg geschickt werden. Klar ist, dass es Wohnraum braucht und viel Gemeinnütziger Wohnraum geschaffen wird. Angedacht sind über 300 Wohnungen. Er bittet um Annahme.

Markus van Wijk, **SAKO P+StE**, gibt bekannt, dass die SAKO anerkannt hat, dass rasch und zwingend neuer und bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden muss. Sie haben zur Kenntnis genommen, dass die partizipativen Gefässe genutzt wurden. Dennoch konnten nicht alle Einsprachen gelöst werden. Sie finden, dass gerade bei den Gebäudehöhen noch ein Entgegenkommen möglich wäre. Kann nicht höher gebaut werden, so entsteht automatisch weniger Wohnraum. Die Ansprüche an den Aussenraum mit Spielplatz, Ort der Begegnung und ökologische Begrünung sind hoch. Zusätzliche Veloparkplätze im Aussenraum werden zu Ungunsten von anderen Sachen stattfinden, sei es der Spielfläche, der Aufenthaltsfläche oder der Biodiversität. Die Kommission bemängelt, dass das jetzige System mit den Veloparkplätzen zu unkreativ ist und dadurch Wohnraum verloren geht. Die Umwandlung von Erdgeschossflächen in Veloparkplätze wurde kritisch hinterfragt. Unterirdisches Bauen ist ein Kostenfaktor. Mobilität gehört aber zu den Wohnräumen dazu, kostet und benötigt Fläche. Die Realisierung von Veloabstellplätzen im Erdgeschoss ermöglichen eine Nutzung von sonst aufgrund der Belichtung schwer nutzbaren Flächen. Ein Kommissionsmitglied bemängelt, dass im Vergleich zu den Autoparkplätzen zu wenig Veloparkplätze zur Verfügung gestellt werden. Es bestehe eine unterschiedliche Berechnungsgrundlage bei den VSS-Normen im städtischen Bereich und bei privaten Baufeldern. Die Berechnungsgrundlage wurde zwischenzeitlich durch die Firma Frutiger angepasst und dem Stadtrat letzten Freitag zugestellt. Wichtig erscheint ihm die Aussage der Verwaltung, dass bei einer Änderung der UeO 6 bis 12 Monate verloren gehen, weil die angepasste UeO neu auferlegt werden müsste und wieder Einsprachen möglich wären. Das Prozessrisiko wird entsprechend erhöht. Die Kommission hat sich mit dem Beschluss schwergetan. Das Schreiben der Firma Frutiger war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt. Sie haben die UeO mit 3 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Markus van Wijk, **Fraktion FDP/Die Mitte**, setzten sich für einen neuen und raschen Wohnungsbau ein. Sie unterstützen den vereinbarten Thuner Kompromiss bezüglich Gemeinnützigem Wohnungsbau. Bei der heutigen Quote des Leerwohnungsbestands kann die Devise ausschliesslich heissen, rasch zu Bauen. Es sollte allen klar sein, dass jede Projektverzögerung zu Ungunsten der allgemeinen Wohnsituation und insbesondere des Gemeinnützigem Wohnungsbau in Thun ist. Die UeO ist grundsätzlich ausgewogen. Möglicherweise hat es einzelne Bereiche, die im Rahmen des Wettbewerbsverfahren noch optimiert werden können, wie beispielsweise die Veloabstellplätze. Jene, die noch Anpassungen an der UeO vornehmen wollen, müssen für die Konsequenzen geradestehen. Die Erhöhung der Veloabstellplätze um 0.25 könnte bedeuten, dass es weniger Wohnraum und weniger Aussenraumfläche zulasten von Spielplätzen, Spielflächen, Quartiersplätzen und Biodiversitätsflächen gibt. Es könnte den Wohnraum verteuern. Schlussendlich geht es zu Lasten der Quartiersbevölkerung. Sie wollen, dass im Thuner Wohnungsmarkt rasch und zeitverzugslos eine Entspannung eintritt und genehmigen die vorliegende UeO. Sie lehnen die bekannten Anpassungsvorschläge ab.

Manon Jaccard, **SP-Fraktion**, findet es gut, dass das Feld mit den Überbauungen nun öffentlich wird. Es kommen rund 600 neue Wohnungen, was bei der bestehenden tiefen Leerwohnungsnummer gut ist. Sie begrüssen das qualitätssichernde Verfahren nach SIA 142 sehr. Aus ihrer Sicht hätte es bevorzugt auch SIA 143 sein können. Sie finden es super, dass auf städtischem Teil 80 Prozent Gemeinnützigem Wohnungsbau angedacht ist. Auch den öffentlichen Park heissen sie gut. Sie begrüssen es, dass bei den Velo- und Autoabstellplätzen nach den VSS-Normen gegangen wird, also pro 1 Zimmer 1 Veloabstellplatz. Es ist ein klares Bekenntnis zu einer umweltbewussten Stadtentwicklung und zur Förderung von alternativen Mobilitätsformen zum motorisierten Individualverkehr. Die geplante KITA, Kindergarten, Alterswohn- und Pflegeheim begrüssen sie ebenfalls. Sie dankt für die Beantwortung der Fragestunde. Sie fragt, ob bereits klar ist, welche Synergien zum Robinsonspielplatz geschaffen werden können. Bezüglich ÖV äussert sie, dass die vier vorhandenen Bushaltestellen in Gebietsnähe nur von einer Buslinie angefahren werden. Linie 55 fährt beispielsweise nur zweimal stündlich. Sie glaubt, dass es eine Überbauung wird, die sich gut in den Stadtteil integrieren lässt. Abschliessend hält sie fest, dass es jede gebaute Wohnung braucht. Sie betont, dass alle weiteren Wohnungsbauten nichts nützen, wenn nicht auch endlich etwas gegen Airbnb und ähnliche Nutzungen unternommen wird. Dies schmälert nämlich gleichzeitig das Wohnungsangebot in Thun. Auch wird es so nicht günstiger.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, betont, dass auch dieses Geschäft für die Stadt Thun sehr bedeutsam ist. Endlich entsteht preiswerter Wohnraum. Weiter wird das Wohnangebot insgesamt verbessert. Es ermöglicht die Realisierung eines lebenswerten zukunftsgerichteten Wohnquartiers. Das alles wären gute Gründe, sich freuen zu können. Ihre Freude ist jedoch bald verfliegen. Verbesserungspotenzial gibt es an diversen Punkten. Die Veloabstellplätze haben nicht überall auf dem Gelände zu den Rechnungsgrundlagen gezählt. Dieses Faktum konnte mit dem Schreiben der Firma Frutiger aufgelöst werden. Wider der Aussage von Stadtrat Marc Van Wijk hätte dieses Schreiben seiner Meinung nach am Abstimmungsverhalten in der SAKO nichts geändert. In Anbetracht der steigenden Velonutzung ist fraglich, ob die Bemessung für die nächsten Jahre stimmig ist. Er verweist auf den Antrag der Fraktion Grüne, die seiner Meinung nach eine massvolle Korrektur in die richtige Richtung ist. Eine formulierte Zeitungsschlagzeile könnte seiner Ansicht nach wie folgt lauten: «Veloraum anstelle besten Wohnraums. Wie Thun dort wo andere wohnen Veloräume baut und dies obwohl stets über Wohnungsnot geklagt wird und bei allen Gelegenheiten über Verdichtung gepredigt wird.» In kostbarstem Wohnraum Veloabstellplätze zu bauen erachtet er als grossen Denkfehler. Mit der vorliegenden UeO werden 50 Prozent Veloräume im Untergeschoss gebaut. 20 Prozent müssen ins Erdgeschoss getan werden, also da, wo er lieber wohnen würde. 30 Prozent dürfen im Aussenraum ungedeckt angesiedelt werden. Im Gelände der Firma Frutiger gibt es Abweichungen, die besagen, dass An- und Kleinbauten realisiert werden dürfen. Seiner Meinung nach hat da jemand gut verhandelt. Sie verstehen eine solche Idee nicht. Er findet, an den Gebäuderückseiten gibt es durchaus Spielraum für Velounterstände, die niemanden stören würden. Das Vorhaben verteuert das Bauprojekt. Diese Mehrkosten werden den dort zukünftig Wohnenden weitergegeben. Zusammengefasst steht in etwa 90 Prozent der Kommentare in den Sozialen Medien

«jetzt aber bitte bezahlbaren Wohnraum realisieren». Den Wohnraum unnötig zu verteuern läuft ihm zuwider. Sie haben sich überlegt, ob man es sich leisten will, hier zu korrigieren und eine Verzögerung in Kauf zu nehmen. Zum Glück kam man zum Schluss, dass dies nicht nötig ist. Sie haben eine pragmatische gute Variante gefunden, um mit dem vorliegenden Antrag das Anliegen noch etwas bestimmter festzuhalten. Sie zählen darauf, dass da hingeschaut wird. Nur so sind sie bereit, dieser eher unlogischen Velo-parkierlösung mit Aussicht auf eine mögliche Justierung zuzustimmen. So helfen sie dem Geschäft in eine nächste Runde und hoffen, die Schlagzeile laute dann eher: «Thun macht aus Mist Dünger. Wie man aus Fehlern lernt und davon viele Thunerinnen profitieren». Die vorliegenden Änderungen ändern die UeO nicht. Sie zeigen, wohin die Justierung im Nachgang für günstigen Wohnraum gehen könnte. Er bittet, zuerst über ihren Antrag und dann erst über den Antrag der Fraktion Grüne abzustimmen. Dies mit der Begründung, dass bei einer Ablehnung ihres Antrags und gleichzeitiger Annahme des Änderungsvorschlags der Fraktion Grüne noch mehr Veloabstellplätze in das Erdgeschoss gebaut werden würden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, kann fast alles von seinem Vorredner mitunterzeichnen. Einiges auch von Stadtrat Mark van Wijk. Er korrigiert, dass es sich um Ergänzungsanträge und nicht um Abänderungsanträge handelt. Ergänzungsanträge können das weitere Vorgehen der Planung nicht gefährden. Das Projekt Bostudenzelg ist ihnen sehr wichtig, vergleichbar mit dem Siegenthalergut. Es hilft, die Wohnungsnot zu lindern, gibt eine gute soziale Durchmischung und erschwinglichen Platz für Familien und Menschen mit unterem und durchschnittlichem Einkommen. Weiter hebt er das verdichtete Bauen und den schönen öffentlichen Park in der Mitte hervor. Dazu kommt die Beachtung der ökologischen Werte und die Berücksichtigung der Schwammstadt-Prinzipien. Dies lässt hoffen, dass in diesem Gebiet lebenswerter und zukunftsreicher Wohnraum in guter Qualität entsteht. Sie stehen hinter dem Projekt und wünschen sich dessen Umsetzung. Sie hätten auch noch andere Wünsche gehabt, wie reduzierte Parkplätze für den motorisierten Individualverkehr. Sie möchten nicht zur Bernischen Hauptstadt des Autostaus werden. Sie setzen sich für einen Modal Split ein, bei dem der ÖV und der Langsamverkehr den Vortritt geniessen. Er findet, wenn Grosses gelingen soll, muss beim Kleinen begonnen werden. Hier also der Veloabstelllösung. Er betont, dass die 1 bis 3 Velos pro Person Platz brauchen. Er ist überzeugt, dass eine Planung von nur einem Veloabstellplatz pro vollwertige Zimmer nicht generationentauglich ist. Beim Siegenthalergut hat man sich auf 1.25 Abstellplätze geeinigt. Das müsste zwingend auch hier gelten. 70 Prozent der Abstellplätze entweder im Erdgeschoss oder im Untergeschoss zu bauen erachtet er in Anbetracht des Wunsches nach kostengünstigem Bauen als Fehlüberlegung. Er hat sich vertieft mit dem Betriebskonzept Mobilität Bostudenareal auseinandergesetzt. Seitens Gemeinderat und Verwaltung wurde ihm mitgeteilt, dass diese Berechnungen nicht verbindlich seien. Er bedauert, dass hier nicht klarer hingestanden und gesagt wird, was man will. Gemäss Konzept rechnet man mit 2 Fahrten pro Autoparkplatz. Das ergibt täglich 900 Fahrten. Erstaunt äussert er, dass das bestehende Verkehrsnetz dies auffangen soll. Will man die Nutzung von ÖV und Velo ausbauen, so braucht es einen Zacken mehr. Wird der Ergänzungsantrag eine Mehrheit finden, so wird die Fraktion wahrscheinlich zustimmen.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, teilt mit, dass die Fraktion von der aktuellen Version der UeO überzeugt ist. Die gemeinsam mit den privaten Investoren erfolgte Entwicklung dieses regionalen Siedlungsschwerpunkts Wohnen hat ein sehr erfreuliches Resultat ergeben. Gerade auch Private sind willens, Wünsche aus dem Umfeld des Überbauungsareals oder solche, die der Allgemeinheit dienen, aufzunehmen, seriös zu prüfen und umzusetzen. Als Beispiel dient der bereits erwähnte Brief der Firma Frutiger. Mit der Überbauung wollen Voraussetzungen für dringend benötigten Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen geschaffen werden. Das heisst Wohnbauten für gemeinnütziges Wohnen, Mietwohnungen und Eigentumswohnungen. Die immer wiederkehrende berechnete Forderung nach kostengünstigem Wohnraum wird hier erfüllt. Aufgrund der städtischen und privaten Landanteile kann davon ausgegangen werden, dass rund 300 Wohnungen dem gemeinnützigen Wohnungsbau vorbehalten sind. Er verweist auf den Mitwirkungsbericht. Zum Thema Erhöhung oder Raumplatzierung der Veloabstellplätze ist keine einzige Eingabe oder Forderung eingegangen. Sie finden es inakzeptabel, plötzlich so viele Forderungen zu stellen. Sie sind nicht a priori gegen mehr Veloabstellplätze. Das Schreiben der Firma Frutiger nicht als wichtig zu erachten finden sie dennoch komisch. Weiter weisen sie den Vorwurf, es sei im

Rahmen der Überarbeitung der UeO verpasst worden, die Frage nach den Veloabstellplätzen sinnvoll zu lösen, vehement zurück. Bekanntlich sollen die Bauten im Bereich vom gemeinnützigen Wohnungsbau aus Kostengründen nicht unterkellert werden. Dies können sie nachvollziehen. Die logische Folge ist, dass Abstellflächen für vielfältige und unterschiedliche Bedürfnisse, unter anderem auch für Velos, fehlen werden. Im Nachgang will man nun den Fünfer und das Weggli. Zusätzliche Veloabstellplätze gehen eindeutig zulasten der Grünfläche, auch wenn sie wie von Stadtrat Jonas Baumann vorgeschlagen an den Rückseiten der Gebäude erstellt werden. Die Fraktion wird keinem der eingegangenen Anträge zustimmen. Mitwirkungsverfahren sind dazu da, sich im Vorfeld mit dem Geschäft auseinanderzusetzen, eine Eingabe zu machen und das Erarbeiten von Lösungen zu ermöglichen. Anträge, die zu Anpassungen der UeO führen, bringen grosse zeitliche Verzögerungen mit sich. Die Ergänzungsanträge der Fraktion Grüne wie auch der Fraktion GLP/EVP/EDU schätzen sie. Sie finden, gewisse Forderungen können aufgenommen, im Rahmen des Wettbewerbsverfahren optimiert und mit geringfügigen Anpassungen umgesetzt werden. Sie werden die vorliegende UeO einstimmig annehmen.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass die SP-Fraktion auf Seite 8 des Mitwirkungsberichts eine Erhöhung der Veloabstellplätze auf dem privaten Landanteil gemäss VSS Normen gefordert hat. Die Normen sagen 1 Veloabstellplatz pro Zimmer. Herausfordernd ist, dass nicht definiert ist, was mit den halben Zimmern geschieht. Die Unterlagen zeigen, dass diese aufsummiert und die Anzahl am Schluss berechnet wird. Schlussendlich geht es um Velos, die automatisch kommen und bei Abstellplatzmangel einfach irgendwo hingestellt werden. Es ist nicht wie bei einem Auto, für das zwingend ein Parkplatz verfügbar sein muss. Der Innenhof soll als Innenhof dienen und nicht plötzlich als Abstellplatz für Velos. Es wäre schön, Gemeinsamkeiten wie damals beim Siegenthalergut finden zu können. Sie finden, es geht um dieselben Voraussetzungen, die vor einem Jahr für das Siegenthalergut bestimmt wurden. Sie verstehen nicht, warum es hier anders sein soll.

Der Stadtpräsident äussert auf die Frage von Stadträtin Manon Jaccard, dass zu den Synergien mit dem Robinsonspielplatz noch nichts Genaues gesagt werden kann. Man weiss noch nicht, wer mit welchem Konzept dorthin kommt. Es ist aber vorgesehen, die Synergien dort zu nutzen. Auch kann er zu der Frage nach der Buslinie 55 noch nichts sagen. Dies geht schlussendlich über die regionale Verkehrskonferenz. Auch wird es eine Frage der Auslastung sein. Er weist darauf hin, dass es nicht unwichtige Fragen sind. Bezüglich Bemängelung, dass noch nicht gesagt werden kann, wie viele Veloabstellplätze es wo braucht, weist er darauf hin, dass es in der jetzigen Phase um ein Minimum geht. In der aktuellen Phase läuft die Suche nach Partnern, die ein Baufeld mit einem Konzept entwickeln, das zeigt, wie was funktionieren soll. Er weist darauf hin, dass hier auch zu viel reguliert werden kann. Gibt es am Schluss ein Konzept, das mit den Regelungen nicht kompatibel ist, so ist man wieder am falschen Ort. Er fände es gut, vom Allgemeineren ins Spezifischere gehen zu können. Bei den Veloabstellplätze hiesse dies, von einem Minimum allenfalls zu etwas mehr gehen zu können. Der Diskussion nach einer genauen Anzahl steht er deshalb skeptisch gegenüber.

Der Stadtratspräsident erklärt, dass es jetzt um die Debatte zu den verschiedenen eingegangenen Anträgen geht.

Marc Fritschi (Parteilos) äussert sich zu Artikel 8. Nach langjähriger Planung, Verhandlungen und Wettbewerben liegt abgesehen von einigen Veloabstellplätzen ein von allen als gut befundenes Richtprojekt vor. Es gibt Investoren, die etwas realisieren wollen. Es geht darum, die UeO und einen Überbauungsplan zu machen, so dass das Projekt konkretisiert werden kann. Artikel 8 komplettiert die Gestaltung. Im Baubewilligungsverfahren müssen alle Behörden prüfen, ob das Projekt den Vorgaben von Bund, Kanton und Stadt entspricht. In Artikel 8 könnte seiner Meinung nach beliebig viel reingepackt werden. Sei es, dass die Fassade zur Umgebung passen muss. Je mehr Details geregelt werden, desto weniger macht es Sinn, in Artikel 9 eine Kür mit qualitätssicherndem Verfahren zu machen. Lässt man die Projekte von Fachleuten begutachten, so muss unter Artikel 8 nicht schon alles geregelt sein. Er glaubt, die Investoren sind verlässliche Partner. Er findet das penetrante Misstrauen aller Planer den Architekten gegenüber

krank. Für ihn geht es dabei um Schikane. Es ist ein Hin und Her zwischen Planern und Architekten. Beim Fussball schießt man sich den Ball immer wieder hin und her und verdient bei jeder Ballberührung zehntausend oder zwanzigtausend Franken. Es scheint ihm, als sei es in der Architektur und bei den Planern ähnlich. Jedes Mal legt der Steuerzahler Geld drauf. Das Planungsverfahren macht das Ganze träge und teuer. Er betont, dass daran nicht die Planer der Bauherrschaft Schuld tragen, sondern die Politiker, die solche Vorschriften beschliessen. Er plädiert zu grosszügigerem Planen.

Der Stadtratspräsident ermahnt Stadtrat Marc Fritschi, bei den Anträgen zu bleiben.

Marc Fritschi (Parteilos) möchte wissen, wie teuer die Planung bis jetzt war und wie hoch die Planungskosten für die weiteren Planungsschritte sein werden. Er mutmasst, dass diese im siebenstelligen Bereich sein werden. Er kommt zu Artikel 19. Hätte jemand im Jahr 2000 geäussert, dass die Erde flach ist und es mehr als nur zwei Geschlechter gibt, so wäre er ausgelacht und als Spinner bezeichnet worden. Eine Generation später gibt es Sekten, die behaupten, Männer könnten Frauen werden und in geschützte Bereiche eindringen, und es gebe mehr als zwei Geschlechter, und Kinder müssten ihr Geschlecht aus diversen Optionen wählen. "Divers" ist ein politischer Begriff geworden, und was unter diesem Titel in weiteren 25 Jahren alles gefordert wird, können wir nur ahnen. Wenn wir "diverse Anlässe" in der Überbauung vorschreiben, werden Leute möglicherweise sexuell belästigt.

Der Stadtratspräsident entzieht Marc Fritschi nach zweifacher Mahnung das Wort.

Der Stadtpräsident erklärt, dass sie sehr pragmatische Überlegungen gemacht haben. Vorschriften können immer anders formuliert werden. Fakt aber ist, dass eine Änderung eine erneute öffentliche Auflage erforderlich macht. Für sie ist das Bemängelte nicht so entscheidend, als dass man eine Verzögerung riskieren möchte. Er sagt nicht, dass der Text perfekt ist, aber er ist tauglich und funktionsfähig. Deshalb lehnen sie die Anträge ab.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, fordert analog zum Siegenthalergut 1.25 Veloabstellplätze pro Zimmer. Die UeO muss ihrer Ansicht nach nicht angepasst werden, sofern diese Änderung im Stadtratsbericht festgehalten wird.

Der Stadtpräsident macht verständlich, dass die Wettbewerbe auf der städtischen Parzelle erfolgen. Für die andere Parzelle würde die Änderung nicht gelten. Er führt aus, dass mehr Veloabstellplätze mehr Fläche benötigen, was auch mehr Kosten verursachen wird. Wenn der Raum begrenzt ist geht das immer auf Kosten von etwas anderem. Ihm persönlich genügt die Mindestvorschrift, im Vertrauen, dass mit den Partnern gute Lösungen gefunden werden können. Im Gemeinderat wurde nicht über den Antrag der Fraktion Grüne beschlossen, da er erst nach ihrer Sitzung eingegangen ist. Es geht darum, ob man die Mindestanzahl bereits im jetzigen Datum anders haben will oder ob man das Vertrauen hat, dass mit den Partnern eine gute Lösung gefunden wird. Es wird wohl kaum jemand Velos rumstehen haben wollen, die nirgends abgestellt werden können.

Jonas Baumann, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, fasst nochmals zusammen dass es für sie keine Option ist, jetzt zuzustimmen und dann zu schauen, was wird. Ihnen ist es wichtig, dass in kostbarem Wohnraum keine Veloparkplätze realisiert werden. Sie halten am Antrag fest.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, bezieht sich auf den Deal beim Siegenthalergut mit den 1.25 Plätzen und betont, dass es eine andere Ausgangslage war. Beim Siegenthalergut war der Investor bekannt. Weiter ging es um einen Infrastrukturvertrag, was mit dem hier Vorliegenden nicht ganz vergleichbar ist. Die geforderte Anpassung bedeutet, dass 25 Prozent mehr Veloabstellplätze gebaut und somit auch bezahlt werden müssen. Der Zins dafür wird zwangsläufig zu Lasten der Mieter gehen. Sie wollen nicht, dass ein Mehr an Veloabstellplätzen zu Lasten der Grünfläche geht. Anspruch der Bauträger wird sein, eine nachhaltige Entwicklung in allen Dimensionen zu berücksichtigen. Dazu gehört auch die Frage nach der

Finanzierbarkeit oder den Mietpreisen. Weiter weiss er aus Erfahrung, dass gedeckte Veloabstellflächen im Aussenraum trotz Veloschloss der Gefahr von Diebstahl oder Verschleppung ausgesetzt sind. Aus ihrer Sicht sollten die bereits engen Vorgaben nicht noch mehr verengt werden. Sie werden die Ergänzungsanträge ablehnen.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, hat in den Worten vom Stadtpräsidenten eine Aussage zum Siegenthalergut vermisst. Dort wurde 1.25 als gut befunden. Ein Jahr später findet man hier, man wolle nichts womöglich Unnötiges planen und sich lieber auf einem Minimum von 1.0 beschränken. Er betont, dass dies keineswegs stringent ist. Es ist nicht auszuschliessen, dass eine Erhöhung der Veloabstellplätze teurer kommt. Eine nachträgliche Korrektur, die womöglich noch einen Anbau fordert, kommt aber höchstwahrscheinlich noch teurer. Er plädiert für eine von Beginn an richtige und zukunftsfähige Planung. Es wird für die Leute dort gebaut. Diese sollen sich dort wohlfühlen. Es ist ihm schleierhaft, wie bei Betrachtung der Mobilitätsentwicklung ein Minimum von 1.0 gutgeheissen werden kann. Er plädiert dafür, dieses Minimum aufzuweichen und ein politisches Signal auszusenden. Die Wettbewerbsteilnehmenden sollen überlegen, wie mehr Veloabstellplätze realisiert werden können, und zwar effizient und günstig. Seiner Meinung nach sollten alle im Saal hinter diesem politischen Signal stehen können.

Peter Aegerter, **SVP-Fraktion**, weist darauf hin, dass hinter einem Stadtratsbeschluss nicht nur ein politisches Signal und der Wunsch nach Verbesserung steht, sondern ein formulierter Auftrag.

Der Stadtpräsident begründet, warum es beim Siegenthalergut anders war. Man befindet sich nun nicht im gleichen Stadium des Verfahrens. Auch hat man noch keine Partner, mit denen über ein Konzept befunden werden kann. Er hat nicht gesagt, man wolle nicht ein Mehr an Veloabstellplätzen. Der Gemeinderat hat keinen Beschluss gefasst. Ihm persönlich genügt die aktuelle Mindestanzahl, weil er davon ausgeht, dass im weiteren Verlauf des Verfahrens und der Präzisierung im Rahmen der Wettbewerbe die Frage der Veloparkierung zufriedenstellend geregelt wird. Der Gemeinderat hat zum Antrag der Fraktion GLP/EVP/EDU keinen Beschluss gefasst, da dieser ebenfalls zu spät eingereicht wurde. Ihm scheint, dass bei diesem Antrag etwas mehr Spielraum besteht. Zu der genannten Forderung nach einer sinnvollen, effizienten und kostengünstigen Gestaltung der Veloparkierung hat er keineswegs Einwände.

Der Stadtratspräsident spricht einen Sitzungsunterbruch für zehn Minuten aus.

Die Sitzung wird bis 19 Uhr unterbrochen.

Marc Fritschi (Parteilos) gibt in einer persönlichen Erklärung bekannt, sich aus ehrlicher Besorgnis über die Wortwahl geäussert zu haben. Er findet es schade, dass ihm das Wort entzogen und nicht darüber diskutiert wird. Offensichtlich will man das nicht. Er zieht seine Anträge zurück. Er hofft, dass das Wort «diverse» nicht wie von ihm befürchtet ausgelegt wird.

Der Stadtratspräsident unterbricht Stadtrat Marc Fritschi und begründet, dass sein Wortentzug aufgrund der Zweckentfremdung eines Themas für persönliche Meinungen, die nichts mit dem Geschäft zu tun haben, erfolgte.

Es verbleiben folgende Anträge:

Antrag der Fraktion GLP/EVP/EDU um zusätzliche Ziffer im Stadtratsbeschluss

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der geplanten Wettbewerbsverfahren dafür zu sorgen, dass die Veloparkierung sinnvoll, effizient und kostengünstig mit mehr Spielraum (gedeckte An- und Kleinbauten auf allen Baubereichen, mehr als 30% der Abstellplätze ausserhalb der Gebäude) geplant und gestaltet werden kann.

Antrag der Fraktion Grüne um zusätzliche Ziffer im Stadtratsbeschluss

Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der geplanten Wettbewerbsverfahren mindestens 1.25 Veloabstellplätze pro Zimmer (1/2 Zimmer sind in der Addition pro Baueinheit mitzuzählen) als Zielgrösse im Wettbewerbsprogramm vorzugeben. Deren Erstellung hat in einer für die Nutzenden sinnvollen Etappierung, in Abhängigkeit vom Baufortschritt der einzelnen Gebäude, zu erfolgen.

Der **Stadtratspräsident** informiert, dass zuerst über den Antrag der Fraktion GLP/EVP/EDU und anschliessend über den Antrag der Fraktion Grüne abgestimmt wird.

Der **Rat** stimmt dem Antrag der Fraktion GLP/EVP/EDU mit 22 : 16 Stimmen zu.

Der **Rat** stimmt dem Antrag der Fraktion Grüne mit 23 : 15 Stimmen zu.

Der **Rat** genehmigt mit 37 : 1 Stimmen folgenden:

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 38 litera c Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 6. Juni 2025, beschliesst:

1. Verabschiedung der Überbauungsordnung (UeO) at «Bostudenzelg Bläuerstrasse», beinhaltend
 - Überbauungsplan 1:500,
 - Überbauungsvorschriften,
 - Änderung Zonenplan I: Bauzonenplan, Teil Thun 2002, .
 - Änderung Überbauungsplan UeO x «Bohnstaudenzelg»,
 - Änderung Teilzonenplan Bohnstaudenzelg sowie
 - Änderung Zonenvorschriften zum Teilzonenplan «Bohnstaudenzelg»
zuhanden der Genehmigung durch das Amt für Gemeinden und Raumordnung.
2. Ziffer 1 dieses Beschlusses unterliegt dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der geplanten Wettbewerbsverfahren dafür zu sorgen, dass die Veloparkierung sinnvoll, effizient und kostengünstig mit mehr Spielraum (gedeckte An- und Kleinbauten auf allen Baubereichen, mehr als 30 % der Abstellplätze ausserhalb der Gebäude) geplant und gestaltet werden kann.
4. Der Gemeinderat wird beauftragt, im Rahmen der geplanten Wettbewerbsverfahren mindestens 1.25 Veloabstellplätze pro Zimmer (1/2 Zimmer sind in der Addition pro Baueinheit mitzuzählen) als Zielgrösse im Wettbewerbsprogramm vorzugeben. Deren Erstellung hat in einer für die Nutzenden sinnvollen Etappierung, in Abhängigkeit vom Baufortschritt der einzelnen Gebäude zu erfolgen.
5. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

68. Konzeption und Umsetzung von Sofortmassnahmen zur Förderung des Veloverkehrs;

Bewilligung eines Verpflichtungskredites in der Höhe von 1,17 Millionen Franken

Bericht des Gemeinderates 14/2025

Gemeinderat Reto Schertenleib erinnert daran, dass der Rat im März 2024 die Thuner Velo-Initiative angenommen hat. Der Gemeinderat hat den Auftrag angenommen und ernst genommen. Er hat von Anfang an geäussert, dass die zeitlichen Verhältnisse knapp sind. Der vorgeschlagene Rahmenkredit wurde abgelehnt. Auch wenn der Start holprig war, so hat man jetzt an Fahrt gewonnen. Per 1. Oktober 2024 wurde die Änderung von Artikel 8 des Mobilitätsgesetzes in Kraft gesetzt. Seit dann läuft der 10-Jahres Countdown. Das Tiefbauamt ist mit Hochdruck an der Ausarbeitung des Masterplans zur Umsetzung der

VeloInitiative mit dem Ziel, diesen im Herbst durch den Gemeinderat verabschieden zu können. Der Masterplan besteht aus verschiedenen Elementen. Einerseits sind dies Planungsgrundsätze, die zur Berücksichtigung der Anliegen im Veloverkehr im städtischen Verkehr dienen. Weiter ist es ein Velonetzplan. Es gibt einen Katalog mit Lösungsansätzen für typische Querschnitte und Situationen. Schlussendlich gibt es ein Konzept, wie die konkrete Umsetzung des Masterplans und der Velo-Initiativen erfolgen soll. Dieses Konzept gilt es noch zu verfeinern. Die Idee ist es, mehrere Massnahmepakete zu schnüren und dem Stadtrat jeweils vorzulegen. Die Umsetzung beginnt ab 2028. Weil man nicht so lange untätig bleiben will und kann, schlägt der Gemeinderat dieses Massnahmepaket mit Sofortmassnahmen vor. Es geht dabei um verhältnismässig unkomplizierte und wenig aufwändige Massnahmen, mit denen zeitnah sichtbare Impulse zur Förderung des Veloverkehrs gesetzt werden können. Er erläutert die drei vorgeschlagenen Kategorien. Zu den Velostrassen äussert er, dass man hier ein junges neues Element ausprobieren will. Mit Temperament und Mut will man schauen, was sich bewährt. Da dies alles Geld kostet, bittet er um Zustimmung.

Angelika Zimmermann, **SAKO B+L**, bestätigt die erhaltene Information, dass es ums Testen von verschiedenen Massnahmen und das Sammeln von Erfahrungen geht. Sie dankt für den ausführlichen und sehr gut leserlichen Bericht. Die Öffnung der Hohmadstrasse für den Velogegegenverkehr wurde in der SAKO kritisch beurteilt. Auch war unklar, was man sich mit den Velostrassen herauszufinden erhofft, weil es keine Anpassung der Verkehrsregime gibt. Nichts destotrotz haben sie dem Kredit mit 5 : 1 Stimmen bei 2 Abwesenheiten zugestimmt.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, befürwortet, dass die kommenden drei Jahre nicht mit Zuwarten verbracht, sondern an verschiedenen Orten bereits etwas getestet und umgesetzt wird. Sie hoffen, daraus wertvolle Erkenntnisse gewinnen zu können. Es gilt festzuhalten, dass Thun verbaut ist und keine grossflächigen Strassen gebaut werden können. Sie anerkennen, dass die Stadt Thun Bestmögliches unternehmen will, auch wenn einiges, wie die durchgezogene Velolinien bei den Fussgängerinseln, schon lange hätte erfolgen können. Sie befürworten, dass auch grössere Änderungen angestrebt werden, wie beim Abschnitt der Länggasse, der zur Velostrasse werden soll. Auch sie sind bei der Öffnung der Hohmadstrasse für den Velogegegenverkehr bezüglich Sicherheit skeptisch. Sie möchten wissen, wie dort die Sicherheit für Velofahrende gewährleistet werden kann. Die Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Alex Reymondin, **SVP-Fraktion**, plädiert für ein Ja zur Veloförderung, aber nicht zu jedem Preis. Obwohl er das Ziel von sicheren und attraktiven Velowegen teilt, sagt er zu dem Antrag klar Nein. So nicht. Für ihn handelt es sich um vorgezogene Investitionen ohne solide Grundlagen. Als Vergleich äussert er, dass niemand ein Haus vor Verabschiedung des Bauplans baut. Der Masterplan zur Velo-Initiative, also das strategische Fundament für das Vorhaben, liegt als Entwurf vor. Heute soll über 1 Mio. Franken beschlossen werden, bevor ein definitives und legitimes Konzept vorliegt. Diese Abkürzung ist riskant und lässt demokratische Sorgfaltspflicht vermissen. Bezüglich Massnahme 2 Absatz f ist er dezidiert der Meinung, dass die Sanierung von Strassenschäden zugunsten von allen Nutzern ein Dauerauftrag an die Stadt sein müsste. Dazu braucht es weder einen zusätzlichen Auftrag noch einen zusätzlichen Kredit. Als Velofahrer kann er den dringlichen Handlungsbedarf diesbezüglich bestätigen. Es geht um hohe Kosten und begrenzte Hebelwirkungen. Für ihn fällt das Preis-Leistungs-Verhältnis ernüchternd aus. Seiner Auffassung nach liegt hier eine überladene Liste an Massnahmen mit einer unklaren Priorisierung und unklarer Wirkung vor. Er plädiert für mehr Wirkung und weniger Symbolpolitik. Viele Massnahmen mögen sinnvoll sein. Ihm fehlt aber die Abstimmung aufs höhere Ziel. Die Mittel führen womöglich in weniger nachhaltige Symbolhandlungen anstatt zu strukturell wirksamen Verbesserungen. Er betont das Risiko von Doppelinvestitionen oder gar die Gefahr von Rückbauten. Es wird in Projekte investiert, die womöglich zukünftig mit Mehrkosten angepasst werden müssen. Die Finanzierung erfolgt fast ausschliesslich durch die Stadt Thun. Es gibt weder Drittbeträge noch Subventionen. Das Ja zur Veloförderung ist unumstritten. Heute braucht es aus seiner Sicht klar ein Nein. Er plädiert dafür, die finanziellen Mittel erst nach Verabschiedung des Masterplans freizugeben. Die Fraktion lehnt den Kredit einstimmig ab.

Im Wissen, dass das Thema Veloverkehr nicht das Lieblingsthema von Gemeinderat Schertenleib ist, schätzt Vanessa Meier, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, den sichtbaren Einsatz und das Temperament von ihm und dem Team vom Tiefbauamt sehr. Sie freuen sich über das engagierte und innovative Vorgehen, auch wenn der Handlungsbedarf durch die Thuner Velo-Initiative gegeben ist. Die breiten und vielseitigen Sofortmassnahmen erscheinen ihnen als sinnvoll und zielführend. Sie sind zuversichtlich, dass diese zu einer generellen Verbesserung der Situation für den Veloverkehr führen werden, auch wenn die in der Initiative geforderten Kilometer noch nicht zum Zuge kommen. Im Zusammenhang mit der Sanierung von Strassenschäden ist es ihnen wichtig, dass auch die blaue Markierung auf der Schulstrasse überprüft und optimiert wird. Der dort gewählte Belag wird bei kalten Temperaturen enorm glatt und führt zu einer erhöhten Unfallgefahr. Sie wünschen sich eine Verbesserung durch eine andere grobkörnigere Deckschicht. Sie hoffen, dass bei einer Umsetzung der Massnahmen die positiv ausfallenden Versuche direkt beibehalten werden. Die Fraktion stimmt dem Antrag einstimmig zu.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne**, zeigt sich über das Votum von Alex Reymondin etwas verwirrt. Sie findet das Vorwärtsgen erfreulich. Sie haben die Velo-Initiative mit der Forderung eines 25 Kilometer langen Velonetzes lanciert. Ihnen ist bewusst, dass für die Erhöhung des Veloanteils ein Velonetz allein nicht genügt. Es braucht Abstellplätze, Pumpen und weiteres. Sie findet es hoch erfreulich, dass mit diesem Geschäft solide Grundlagen geschaffen werden wollen. Die Infrastrukturmassnahmen beinhalten viel schon lange von ihnen Gefordertes. Sei es die rote Einfärbung von gefährlichen Stellen oder die Öffnung der Hohmadstrasse für den Velogegenverkehr. Die Pilotprojekte dienen dazu, im Jahr 2028 Erfahrungen vorliegen zu haben. Sie findet es richtig, jetzt Massnahmen, die schon längst hätten geschehen sollen, umzusetzen. Sie werden den Antrag einstimmig annehmen.

Adrian Christen, **SP-Fraktion**, bekundet, dass sein Puls bei der Debatte zur Thuner Velo-Initiative deutlich höher war. Sie freuen sich, dass der Gemeinderat Sofortmassnahmen bereits jetzt umsetzen will. Sie finden es sinnvoll, Lösungen in der Praxis zu testen. Auf Kostenseite sieht er dies – im Gegensatz zu Stadtrat Alex Reymondin – sogar als Vorteil, denn so werden die Massnahmen nicht ohne Praxisprüfung definitiv umgesetzt. Die meisten Massnahmen finden sie gut. Die zwei Dauerzählstellen finden sie sinnvoll. Der im Mobilitätsreglement geforderte Berichterstattung sehen sie gespannt entgegen. Sie würden auch Zählungen in der Kantonsstrasse begrüßen. Den Stand dazu kennt er nicht. Bezüglich Unfallstatistik gab es bereits Vorstösse in Zusammenhang mit den Kreiseln. Es ist wichtig, da noch mehr Massnahmen umzusetzen. Will man die Velofahrten erhöhen, so muss die Sicherheit noch mehr gesteigert werden können. Pro-Velo erwähnt immer wieder die Fussgängerschutzinseln und die unterbrochenen Velolinien. Auch sie finden es gut, durchgezogene Velolinien zu testen. Die Massnahme Seestrasse/Schadaukurve könnte womöglich auch den PW-Nutzern etwas bringen. Das unsinnige Signal stört auch die Velofahrenden. Veloparkierungen bei Veranstaltungen wurden schon oft erwähnt und bemängelt. Er würde es begrüßen, wenn bei Anlässen nicht nur die Veloabstellmöglichkeiten, sondern auch die Veloführung geregelt wird. Schliesslich führt eine nationale Veloroute durch Thun. Normalerweise ist bei einem Innenstadtfest keine Veloumlenkung signalisiert. Bei den Autos wäre dies nicht möglich, da gibt es immer eine Umleitungsmarkierung. Die Veloumlenkung braucht es vielleicht nicht für die Thunerinnen und Thuner, aber für Leute von ausserhalb. Mit Stadtrat Alex Reymondin geht er einig, dass das Massnahmepaket auch Massnahmen beinhaltet, die selbstverständlich sind, wie die Sanierung der Strassenschäden und Markierungen. Er findet es aber schön, dass sie hier aufgeführt sind und somit vielleicht klappen. Bei einer Öffnung der Hohmadstrasse ist es wichtig, den Leist und die verschiedenen Interessenvertreter miteinzubeziehen. Die Verkehrskommission könnte eine passende Plattform sein. Er plädiert hier für eine erneute Prüfung und eine saubere Abklärung. Er findet die Aufgleisung bezüglich Koexistenz am Aarequai sehr gut. Eine genauere Betrachtung ist wichtig und eine mögliche Auslagerung an Externe bei fehlenden Kapazitäten gut. Die Fraktion stimmt dem Kredit einstimmig zu.

Gemeinderat Reto Schertenleib äussert, dass die Öffnung der Hohmadstrasse auch intern nicht unumstritten war. Der Moment, dies auszuprobieren, war ihrer Meinung nach nie so günstig wie jetzt. Eine

Lösung der Verkehrssituation auf der Hohmadstrasse braucht vertiefte Abklärungen. Niemand will die Sicherheit gefährden. Es kann sein, dass das eine oder andere am Schluss als nicht funktionsfähig bezeichnet wird. Er kann die Meinung von Stadtrat Alex Reymondin nicht teilen und findet keineswegs, dass es sich hier um hektische Schnellschüsse handelt. Die klare Strategie ist auch für ihn wichtig und wird im Rahmen des Masterplans vorliegen. Er weist darauf hin, dass die SVP-Fraktion bei der Konsultation zum Masterplan nichts gemeldet hat. Mit dem jetzigen Massnahmenpaket kann eine gewisse Vorarbeit und Grundlage für die Umsetzung des Masterplans geleistet werden. Es geht um Elemente, die in der Praxis noch nicht bekannt sind. Er ist damit einverstanden, dass einiges, wie die Sanierung der Strassenschäden, zu den laufenden Aufgaben der Stadt gehört. Nicht einverstanden ist er mit der Aussage, dass es zusätzliche Gelder braucht. Die Massnahme geht vollumfänglich auf den baulichen Unterhalt und ist somit nicht Teil des Kredits. Gewisse womöglich auch vernachlässigte Massnahmen werden jetzt forciert, weshalb sie hier zur Transparenz aufgeführt sind. Zu Stadträtin Vanessa Meier gerichtet äussert er leicht schmunzelnd, dass es eine leichte Unterstellung ist, Velo sei keines seiner Lieblingsthemen. Seit er in Thun ist, ist sein Dienstfahrzeug ein Militärvelo mit Jahrgang 1944. Die Mängel sind auch ihm aufgefallen. Den Hinweis vom blauen Belag bei der Schulstrasse nimmt er gerne mit. Um Hinweise sind sie immer froh. Er bestätigt die Zusammenfassung von Stadträtin Michelle Marbach. Es handelt sich um einen Rahmenkredit und die Zahlen basieren auf Annahmen, Kennzahlen, Offerten, Schätzungen und Erfahrungswerten. Sie dienen der Transparenz. Verschiebungen innerhalb der Positionen oder Anpassungen sind möglich. Bei Annahme werden sie sich der Detailausarbeitung der Massnahmen annehmen. Erfreulich teilt er mit, dass die roten Einfärbungen bereits im Gange sind. Bezüglich Zählstellen auf der Kantonsstrasse äussert er, dass man womöglich nochmals in eine Diskussion mit dem Kanton gehen muss. Er dankt und freut sich auf die Abstimmung.

Der Rat genehmigt mit 28 : 9 Stimmen bei 1 Enthaltung folgenden

Stadtratsbeschluss

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 litera a Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 13. Juni 2025, beschliesst:

1. Bewilligung eines Verpflichtungskredites von 1,17 Millionen Franken als neue Ausgabe zu Lasten der Investitionsrechnung, Verpflichtungskredit Nr. 2512.5010.086 (Bilanzkonto Nr. 14010.01.01), für die Konzeption und Umsetzung von Sofortmassnahmen zur Förderung des Veloverkehrs.
2. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

69. Postulat P 08/2025 betreffend Handyverbot an Thuner Volksschulen

Angelika Zimmermann (Die Mitte), Fraktion FDP/Die Mitte vom 20. März 2025; Beantwortung

«Von der Strasse mit dem Velo in die Schule, aber bitte ohne Handy oder Smartwatch», so lautet die Überleitung von **Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch** zum nächsten Thema. Das Thema bewegt. Der Gemeinderat setzt sich schon länger mit dieser Fragestellung auseinander. Aus der Antwort ist zu entnehmen, dass bereits genügend Grundlagen für eine Umsetzung an den Schulen bestehen. Im Grossen Rat ist hierzu eine Motion eingereicht worden, die zwar für die Sommersession traktandiert war, jedoch noch nicht behandelt wurde. Sie gehen davon aus, dass die Schulleitungen dies so handhaben können, wie sie möchten. Die Umsetzung liegt in der Kompetenz der Schulkommission als unmittelbares Aufsichtsorgan. Die Regelungen an Primar- und Oberstufen waren beigelegt. Sie hofft, dies entspricht dem Anliegen der Postulantin. Der Gemeinderat beantragt die Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Angelika Zimmermann, **Fraktion FDP/Die Mitte**, nimmt die Antworten zu den Verantwortungsbereichen und Zuständigkeiten zur Kenntnis. Sie sind ein wenig beruhigt, dass die Schulleiter selber bestimmen können, ob sie und ihre Lehrpersonen ein Handyverbot möchten oder nicht. Sie bemängeln, dass das

Cybermobbing nicht erfasst wird und die zunehmende Tendenz nicht belegt werden kann. Die aufgeführte Sensibilisierung der Schüler durch Pro Juventute, die Polizei oder gar Präventionsunterricht findet sie nicht befriedigend. Von Eltern ist immer wieder zu hören, dass die Problematik von gefilmten Sachen, die viral gehen, nicht in den Griff bekommen wird. Seien es Schlägereien oder wie letzte Woche ein Fall mit sehr jungen Leuten. Sie betont, dass es ein Problem ist. Köniz kann es und das Wallis auch. Sie hätten sich vom Gemeinderat eine stärkere Haltung gewünscht und sind nicht richtig zufrieden. Sie werden das Thema weiterverfolgen aber dennoch annehmen und abschreiben.

Nina Siegenthaler, **SP-Fraktion**, gibt bekannt, dass sie dem Antrag vom Gemeinderat Folge leistet.

Noëmi Porfido, **Fraktion Grüne**, betont, dass sie die Kinder schützen wollen. Schutz ist in ihren Augen aber etwas Umfassenderes. Sie nehmen das Anliegen rund um den Umgang mit den privaten digitalen Geräten an Thuner Schulen ernst. Sie finden aber, dass ein pauschales Handyverbot nicht alle Probleme löst. Für sie bringt es Laurent Sedano, eine Fachperson für Medienbildung an der ZHAW Soziale Arbeit auf den Punkt. Er sagt, dass Verbote nicht lösen, sondern verschieben. Im Jugendtreff sieht sie selber, dass der Handykonsum enorm zugenommen hat und es eine Regulierung braucht. Das Elternmagazin Fritz und Fränzi weist ebenfalls darauf hin, dass ein Verbot zu einfach greift. Betont wird die Bedeutung der Medienbildung und die pädagogische Begleitung. Auch wenn sie vom Stadtrat keinen direkten Einfluss auf die Medienpräventionen an den Schulen haben, hoffen sie sehr, dass bei einer Diskussion über ein Verbot auch über die Ressourcen für Prävention, Aufklärung und pädagogische Begleitung gesprochen wird. Es braucht ein Miteinbeziehen. Das Thema ist enorm komplex und es gibt keine einfache Antwort. Eltern stehen beim Umgang ihrer Kinder mit digitalen Medien vor grossen Herausforderungen. Auch sie bräuchten mehr Unterstützung und mehr Schulung. Die Umsetzung ist jedoch nicht einfach, weil gerade diese Eltern für Weiterbildungen nicht sehr empfänglich sind. Sie sehen, dass die Schulen schon sehr viel machen. Dennoch ist sie mit der Antwort nicht ganz zufrieden. Sie weiss aus Erfahrung, dass trotz der Aufklärungsangebote noch zu wenig gemacht wird. Sie nehmen das Postulat an und schreiben es gleichzeitig ab.

Manfred Locher, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, hält fest, dass sie das Postulat unterstützen und gleichzeitig abschreiben. Positiv erwähnt er, dass es den Oberstufen, Unterstufen und Primarstufen möglich war, sich zu einer gemeinsamen Regelung durchzuringen.

Thomas Bieri, **SVP-Fraktion**, dankt den Postulantinnen und Postulanten, dass sie die wichtige Thematik zur Sprache gebracht haben. Sie finden, der Vorstoss hätte gar nie eingereicht werden müssen oder sollen. Die Thematik mit den entsprechenden Regeln würde in einen Wissensrucksack gehören, der jedes Kind von seinen Eltern, Erziehungsberechtigten und Familie mitbekommen sollte, so wie Anstand und Respekt. Würde den Schülerinnen und Schülern bereits im Elternhaus gezeigt werden, wie ein Handy positiv genutzt werden kann, so würde es weniger Diskussionen über den Handygebrauch wie auch Ha oder gar ein Verbot geben. Ein generelles Verbot gäbe es nur, weil der eine oder andere mit dem Gerät nicht umgehen kann. Er bezweifelt, dass Schülerinnen und Schülern durch ein Verbot lernen, dass es noch mehr und Schöneres gibt als nur Handys und Computer. Als Beispiel nennt er den persönlichen Austausch mit den Mitmenschen, das Mitmachen in einem Verein oder Familienausflüge. Er ist erstaunt, dass sich nicht mehr Schulen für ein Handyverbot ausgesprochen haben. Er fragt sich, ob es nicht notwendig ist oder ob man zu gutmütig ist. Das Thema muss zwingend politisch beobachtet werden. Beispiele aus anderen Gemeinden oder Kantonen haben gezeigt, dass rasch und zielorientiert gehandelt werden muss. Gibt es keine andere Möglichkeit, so braucht es ein Handyverbot. Er betont, dass den Eltern die Wichtigkeit der Thematisierung von elektronischer Kommunikation in der Erziehung vor Augen gehalten werden muss. Die Fraktion wird dem Antrag und der Abschreibung grossmehrheitlich zustimmen.

Valentin Borter, **SVP-Fraktion**, betont, dass einige aus der Fraktion prinzipiell gegen nicht zwingend notwendige Verbote, die ohnehin nichts bringen, sind. In Thun gibt es bereits eine Lösung. Sie haben

Schulleiterinnen und Schulleiter, wie auch Lehrerinnen und Lehrer, die eine Umsetzung ohne Parlamentarierinnen und Parlamentarier ermöglichen. Sie finden das Postulat als nicht prüfenswert und lehnen es ab.

Gemeinderätin Katharina Ali-Oesch versteht die Unzufriedenheit der Postulantin betreffend Cybermobbing und den Wunsch nach einem Controlling. Sie betont, dass dies äusserst schwierig und nicht die Aufgabe der Schule ist. Die Prävention ist ausserordentlich wichtig, dem stimmt auch der Gemeinderat zu. Es ist das höchste Ziel, Kinder und Jugendliche zu einem sinnvollen Umgang mit diesen nicht mehr wegzudenkenden Geräten zu befähigen. Sie glaubt, dass an den Thuner Schulen mit den bestehenden Regelungen ein guter Umgang möglich ist. Es ist wichtig und richtig, sinnvolle Freizeitangebote auf die Beine zu stellen. Die Stadt leistet mit der Kinder- und Jugendarbeit einen wichtigen Beitrag dazu. Der Konsum von sozialen Medien und digitalen Kanälen ist wirklich ein Problem und hat Suchtpotenzial. Australien geht vorab und verbietet ab Anfang 2026 den Konsum von sozialen Medien für unter 16-Jährige. Sie ist nicht sicher, ob dies der Weg für eine Verbesserung aller Beteiligten ist. Der Schutz der Jugendlichen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Chancen sollen genutzt und die Risiken minimiert werden.

Der Rat erklärt das Postulat mit 35 : 3 Stimmen als erheblich und schreibt es einstimmig ab.

70. Interpellation I 02/2025 betreffend Verkehrssituation Innenstadt

Alice Kropf (SP), Fraktion SP vom 13. Februar 2025; Beantwortung

Alice Kropf, SP, teilt mit, dass sie von der Beantwortung nicht befriedigt ist und eine Diskussion wünscht.

Der Rat stimmt einer Diskussion zu.

Alice Kropf, SP, träumt davon, dass sie bei Sicht aus dem Wohnzimmerfenster bei der Oberen Hauptgasse eine autofreie Gasse sieht, sich die Velofahrer an das Schrittempo halten, Kinder spielen und sich die Leute in zahlreichen Strassenkaffees verweilen. Die Realität hat leider aktuell nichts mit diesem Traum zu tun. Sie bezeichnet diese gar als einen Alptraum. Gestalterisch ist bis anhin nichts unternommen worden, um diesem Alptraum ein Ende zu setzen. Einzig ist in der Gerberngasse eine Tafel mit einem enorm langen Text, der niemand liest, aufgestellt worden. Im Rahmen der Abstimmung über das Parking Schlossberg wurde versprochen, dass durch die Aufhebung der oberirdischen Parkplätze Raum fürs Flanieren, Strassenkaffees und Aussenverkaufsstände entsteht. Davon ist in der Oberen Hauptgasse nichts zu merken. Auf der Gasse unten wurde kein einziges Strassenkaffee bewilligt. Sie wird hemmungslos von Autos durchfahren und die Polizei kontrolliert nicht. Das Durchfahren mit dem Auto basiert auf Bequemlichkeit oder Unwissen, da die Tafel nicht gelesen wurde. Auch führt das GPS dort durch. Es geht nicht um Anlieferungen. Die Zahlen der Bussen von illegalem Parkieren zeigen, dass das Problem gross ist. Die Kontrollen allein nützen nichts. Von den im Herbst 2024 angekündigten Massnahmen, die umgesetzt wurden, ist nichts zu merken. Hätte sie gewusst, dass die Situation so wird, wie sie aktuell ist, dann hätte sie dem Parking Schlossberg niemals zugestimmt. Für sie ist unverständlich, dass sich der Gemeinderat so gegen Poller wehrt. In vielen anderen Städten sind Poller mit einem verträglichen Aufwand, auch was Anlieferungen anbelangt, machbar. Die Uneinsichtigkeit des Gemeinderats enttäuscht sie. Der Gemeinderat zeigt mit dem geplanten Verkehrsmanagement, dem Betriebs- und Gestaltungskonzept (BGK) oder auch den Massnahmen rund um die Veloinitiative, dass er sich eigentlich in eine zukunftsgerichtete Richtung bewegt und es auch könnte. Das BGK Innenstadt gibt keine Auskunft über die Prüfung von Poller. Sie fordert den Gemeinderat auf, die Frage nach Pollern im Rahmen dieses Vorprojekts nochmals wohlwollend zu prüfen, so dass der Alptraum mit viel Verspätung noch zu einem realisierten Traum wird.

Franziska Eggenberg, **Fraktion GLP/EVP/EDU**, teilt mit, dass die Fraktion ebenfalls sieht, dass die Verkehrssituation in der Thuner Innenstadt sehr schwierig ist. Eine autofreie Innenstadt wäre für sie klar am schönsten. Sie kennt die Örtlichkeiten sehr gut, da ihr Arbeitsplatz dort liegt. Es wäre ein schöner Anblick, wären dort Strassenkaffees und spielende Kinder. Eine komplett autofreie Obere Hauptgasse oder ein autofreies Bälliz erscheint ihnen unrealistisch. Versenkbare Poller sehen auch sie als Lösungsmöglichkeit, wissen aber, dass diese als Pilotversuch zu umfangreich wären. Für nicht Ortskundige sieht es mit der aktuellen Signalisation Anfangs Bälliz so aus, als dürfe man langsam hineinfahren und einen Parkplatz suchen. Nach wenigen Metern merkt der Autofahrer, dass es nur für den Langsamverkehr weitergeht. Viele Navigationsgeräte führen die Autofahrenden vom Bälliz über die Mühlebrücke zum Mühleplatz. Diese Beobachtungen macht sie selbst fast täglich, beispielsweise zum Hotel Krone hin. Am Eingang der Gerbergengasse verhält es sich ähnlich. Auf der Tafel steht ein langer Text, den es auch braucht, um zu wissen, wann wo reingefahren werden darf. Das Schild sieht man aber schlecht. Ist man mal auf dem Rathausplatz, so fährt man auf der Suche nach einem Parkplatz weiter und sieht nur noch das Einbahnstrassensignal und nicht mehr das Fahrverbot mit Zubringerdienst. Es besteht dort keine Zufahrtsbeschränkung mehr. Sie finden, dass bereits eingangs dieser zwei Orte eine andere Signalisation helfen könnte. Als Lösung nennt sie eine digitale Tafel eingangs Gerbergengasse oder Bälliz, mit der Autofahrende besser informiert werden können. Diese würden dort schon sehen, ob die Zufahrt erlaubt ist, ob ein Markt oder ein Event stattfindet oder ob es überhaupt noch einen freien Parkplatz für Kurzparker hat. Auf der Tafel könnte ebenfalls die Entfernung zum nächsten Parkhaus stehen. Solche Tafel kennt sie aus anderen Städten.

Cloe Weber, **Fraktion Grüne**, dankt der Interpellantin für die gestellten Fragen und die kurze Reise ins Traumland. Auch sie wünschen sich eine Innenstadt, die in erster Linie den Menschen und nicht den Autos gehört. Es geht um Lebensqualität, Sicherheit und Platz für Begegnungen. Sie erwarten andere konkrete Schritte, wenn dem Gemeinderat Poller zu teuer oder zu aufwändig erscheinen. Es braucht nicht immer Hightech-Lösungen. Manchmal genügt es schon, Bestehendes besser zu kontrollieren, Bewilligungen restriktiver zu handhaben oder mit einfacher Infrastruktur klare Signale zu setzen. Für die Umsetzung braucht es einen politischen Willen, den sie in Bezug auf das Problem zum Verkehr in der Innenstadt zu wenig wahrnehmen.

Claude Schlapbach, **Fraktion FDP/Die Mitte**, hat für die gestellten Fragen Verständnis. Kritisch betrachten sie die Poller. Weiter haben sie bei Frage vier einen Seitenhieb gegen den Sicherheitsdienst wahrgenommen. Sie sehen durchaus, dass dieser wirksam ist.

Gemeinderat Reto Schertenleib versteht das Anliegen. Er hat gerade heute beobachtet, dass ein Auto mit ausländischem Kennzeichen dort falsch eingebogen ist. Dieses kam dann wie erwartet auch bald wieder zurück. Er findet nicht, dass an einem fehlenden Willen liegt. Der Gemeinderat ist nicht überzeugt, dass die Poller hier in der Innenstadt das richtige Mittel sind, schon gar nicht als Pilotversuch. Er bezweifelt, dass es hier so einfach zu lösen ist, auch wenn es in anderen Städten funktioniert. Topografisch gesehen ist man in der Innenstadt auf einer Insel und auf der einen Seite am Berg. Oft gibt es keine Möglichkeiten für Hinterhausanlieferungen. Der Kreis von jenen, die diese Poller ansteuern müssten, wäre gross. Es würden sich immer noch Autos aufhalten. Er ist damit einverstanden, bezüglich Signalisation Optimierungsmöglichkeiten zu überprüfen. Er hinterfragt kritisch, ob diese elektronisch sein müssen. Immerhin befindet man sich in einem historischen ISOS-Gebiet. Er anerkennt, dass Signalisationen nicht gut sichtbar sind. Er wird das Potenzial mit dem Tiefbauamt überprüfen, um eine klarere Sichtbarkeit zu ermöglichen.

71. Interpellation I 04/2025 betreffend Bekämpfung Quaggamuscheln im Thunersee

Angelika Zimmermann (Die Mitte) vom 13. Februar 2025; Beantwortung

Angelika Zimmermann (Die Mitte) teilt mit, dass sie von der Beantwortung befriedigt ist und keine Diskussion wünscht.

72. Interpellation I 05/2025 betreffend Stipendienfonds

Alois Studerus (Die Mitte), Fraktion FDP/Die Mitte vom 20. März 2025; Beantwortung

Alois Studerus (Die Mitte) teilt mit, dass er von der Beantwortung befriedigt ist und keine Diskussion wünscht.

73. Interpellation I 08/2025 betreffend Fremdenpolizeiakten aus der Zeit von 1934-2002 von migrantischen Familien

Thomas Hiltbold (Grüne), Fraktion Grüne vom 20. März 2025; Beantwortung

Thomas Hiltbold (Grüne) teilt mit, dass er von der Beantwortung nicht befriedigt ist und eine Diskussion wünscht.

Der Rat stimmt einer Diskussion zu.

Thomas Hiltbold (Grüne) betont, dass es um ein ernsthaftes Thema geht, auch wenn es womöglich keine Diskussion gibt und die Presse nicht mehr anwesend ist. Das Schweizer Ausländergesetz hat insbesondere in der Zeit anfangs der 30er Jahre bis 2000 das Saisonierstatut hervorgebracht. Dazu gibt es Filme, Texte und Bücher. Das Saisonierstatut hat zahlreichen migrantischen Familien in der Schweiz Entbehrungen und viel Leid gebracht. Viele Väter aber teilweise auch Mütter hatten ihre Kinder nicht aufwachsen sehen. Die Kinder sind bei Tanten, Onkeln und Grosseltern untergebracht gewesen. Teilweise wurden die Kinder unerlaubterweise mit in die Schweiz genommen, gerade wenn sie noch sehr klein waren oder gar noch gestillt wurden. Die Kinder mussten in Hinterhöfen und Kellern versteckt werden. Wurden die Kinder entdeckt, hat man sie denunziert und ausgeschafft. Migranten, die zu uns kamen, konnten über 70 Jahre kein normales Familienleben führen. Die Familien wurden auseinandergerissen und haben sich gar entfremdet. Viele sind heute noch auf der Suche nach ihren Wurzeln und haben Fragen zu ihrer Geschichte. In den Fremdenpolizeiakten könnte man Teile dieser Antworten finden. Er weiss, dass schweizweit eine Aufklärung in Gange ist. Man will wissen, was von diesen Fremdenakten noch verfügbar ist. Seiner Meinung nach ist die Antwort im Bericht korrekt abgefasst, aber in ihrem Resultat ernüchternd. Es gibt keine Akten und somit keine Antworten mehr. Die Aufbewahrungsfristen und Modalitäten der Aktenvernichtung sind nicht mehr geläufig. In der Fremdenpolizei der Stadt Thun bleibt dies für die Zeit von Anfang der 30er Jahre bis 2000 ein schwarzer Fleck. Für eine historische Aufarbeitung ist nichts mehr vorhanden. Die Einwohnerregister sind die einzigen noch verfügbaren Daten. Diesen ist der Name, die Adresse, Zuzug und Wegzug zu entnehmen. Allenfalls noch Heirat und Tod. Die nicht dokumentierte aber umfassende Aktenvernichtung macht betroffen und hinterlässt ein schales Gefühl. Er ist erstaunt, dass das Stadtarchiv auch zum Verständnis der eigenen Geschichte und dem eigenen Wirken keine sozialpolitisch relevanten Akten aussortiert hat. Er weiss von der Justiz, dass man schaut, welche Akten für eine bestimmte Zeit besonders oder typisch waren. Es wird ein repräsentativer Anteil dieser Akten aufbewahrt. Zuhause bewahrt er auch noch Akten von 2000 auf. Allenfalls hätte die Nachfrage bei Pensionierten aus der städtischen Fremdenpolizei noch Aufklärung bringen können. Am Resultat hätte es aber nichts geändert. Es bleibt nur betroffenes Schweigen.

Gemeinderätin Eveline Salzmann versteht den Wunsch nach Aufarbeitung. Die Vergangenheit wurde gelöscht bevor die heutigen Zuständigkeiten galten. Niemand der langjährigen Mitarbeitenden waren bei der Aktenvernichtung schon dabei. Es war unmöglich, das Datum und die Kriterien der Vernichtung zu eruieren. Sie gehen davon aus, dass die damals tätigen Mitarbeitenden nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben. Heute ist man gezwungen, die Akten gemäss den Fristen zu vernichten. Sie bedauert, dass nicht mehr dazu gesagt werden kann.

74. Interpellation I 03/2025 betreffend Reglement über Leistungen an die Mitglieder des Gemeinderates (LGR)

Alois Studerus (Die Mitte) vom 13. Februar 2025; Beantwortung

Alois Studerus (Die Mitte) teilt mit, dass er von der Beantwortung befriedigt ist.

75. Fragestunde F 15/2025 betreffend Thuner Bildungsstrategie

Fraktion SVP vom 30. Juni 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

76. Fragestunde F 16/2025 betreffend Jugendparlament

Fraktion SVP vom 30. Juni 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

77. Fragestunde F 17/2025 betreffend Tickets WEURO

Fraktion SVP vom 30. Juni 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

78. Fragestunde F 18/2025 betreffend Velodiebstähle in Thun

Peter Aegerter (SVP) vom 30. Juni 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

79. Fragestunde F 19/2025 betreffend Bostudenzelg/Bläuerstrasse und allgemein Überbauungen in Thun

Manon Jaccard (SP), Fraktion SP vom 1. Juli 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

80. Fragestunde F 20/2025 betreffend Flughafen Belp

Fraktion Grüne vom 30. Juni 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

81. Fragestunde F 21/2025 betreffend PFAS-Verschmutzung

Marianna Oesch Bartlome, Fraktion SP, vom 1. Juli 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

82. Fragestunde F 22/2025 betreffend Temperaturen in Klassenzimmern

Angelika Zimmermann (Die Mitte) vom 1. Juli 2025; Beantwortung

Die Fragestunde wird schriftlich beantwortet.

Mitteilungen

Der Stadtratssekretär teilt mit, dass auf den Pulten die Einladung für die Thunpreis-Verleihung liegt. Er freut sich über Anmeldungen.

Der Stadtratspräsident wünscht einen guten Sommer und eine gute WOMEN's Euro.

Eingänge

- Postulat P 11/2025 betreffend elektronische Abstimmung im Stadtrat zur Schaffung von mehr Transparenz; Vanessa Meier (GLP), Fraktion GLP/EVP/EDU, Simon Badertscher (EVP), Fraktion SP, Noëmi Porfido (Grüne), Michelle Marbach (Grüne), Marc Fritschi (Parteilos), Sandro Badertscher (Parteilos) vom 3. Juli 2025
- Postulat P 12/2025 betreffend mehr Raum für Kunst und Kultur - Übersicht, Zugang und transparente Nutzung städtischer Liegenschaften; Noëmi Porfido (Grüne), Michelle Marbach (Grüne), Nina Siegenthaler (SP), Lara Müller (Die Mitte), Thomas Bieri (SVP), Mike McGarty (GLP), Fraktion Grüne, SP-Fraktion vom 3. Juli 2025
- Postulat P 13/2025 betreffend weniger private Sicherheitsdienste, mehr aufsuchende Sozial- und Konfliktarbeit; Alice Kropf, (SP), Fraktion SP, Lara Müller (Die Mitte), Noëmi Porfido (Grüne) und Cloe Weber (Grüne) vom 3. Juli 2025
- Interpellation I 15/2025 betreffend Transparenz und finanzielle Beziehungen zwischen der Stadt Thun und der KKThun Betriebs AG; Michelle Marbach (Grüne), Fraktion Grüne, Sandro Badertscher (Parteilos), Michael McGarty (GLP), Vanessa Meier (GLP) vom 3. Juli 2025
- Interpellation I 16/2025 betreffend Vielfalt im Stadtbild erhalten - Unterstützung für ein buntes Kleingewerbe in der Innenstadt; Claude Schlapbach (FDP), Fraktion FDP/Die Mitte vom 3. Juli 2025

Der Stadtratspräsident


Thomas Lanz

Der Stadtratssekretär


Christoph Stalder